

Unser Geldsystem XXIX: Warum braucht man Entwicklung und Geld für die Entwicklung?

Von Heiner Flassbeck | 24.10.2014 (editiert am 25.05.2016)

Viele Leser werden sich fragen, warum wir überhaupt auf der Vorstellung beharren, es müsse in einem marktwirtschaftlichen System Entwicklung, oder, wie es schlechter heißt, „Wachstum“ geben. Würde es nicht genügen, sich mit dem erreichten Wohlstandsniveau zufriedenzugeben und intensiv darüber nachzudenken, wie man das System auf diesem Niveau stabilisieren kann, ohne dass die Ungleichheit immer weiter zunimmt oder immer wieder neue Arbeitslosigkeit entsteht?

Das ist eine absolut berechtigte Frage, denn es gibt ohne Zweifel ökologische Grenzen, die zu irgendeinem Zeitpunkt die jetzige Art von wirtschaftlicher Entwicklung ganz fundamental in Frage stellen werden. Dennoch macht man es sich zu einfach, wenn man pauschal ein rasches Umdenken in wirtschaftlichen Fragen verlangt und darauf vertraut, die konkreten Probleme einer stationären Wirtschaft könnten dann sozusagen durch learning by doing gelöst werden. Solange wir bei solchen Experimenten von demokratischen Verhältnissen ausgehen, wäre nichts schlimmer als ein Versuch der radikalen ökologischen Umsteuerung, wenn der in kurzer Zeit zu wirtschaftlichen Verhältnissen führt, die von hoher und steigender Arbeitslosigkeit und einer Abwärtsspirale bei den Masseneinkommen gekennzeichnet sind. In einer Demokratie würde das die notwendigen ökologischen Reformen für lange Zeit diskreditieren und damit praktisch unmöglich machen.

Deswegen geht kein Weg (auch kein ökologischer) an der Beantwortung der Frage vorbei, wie das System, in dem wir leben, wirklich funktioniert und wie man es folglich umgestalten kann im Sinne einer ökologischen Nachhaltigkeit, ohne die (materiellen) Vorteile, die es mit sich bringt, vollends aufzugeben oder gar zu zerstören. Daher haben wir **vor** die Behandlung ökologischer Fragen an dieser Stelle die Behandlung der makroökonomischen Steuerung gestellt. Dazu gehört aber vor allem die Frage, warum das System auf Entwicklung basiert, also eine gewisse Art von Vorwärtsbewegung braucht, um stabil zu sein.

Das alles wäre leicht zu diskutieren, wenn die Volkswirtschaftslehre von der Mehrheit der Ökonomen als Wissenschaft verstanden und nicht als Religion missverstanden würde. Der nun schon 200 Jahre

andauernde Versuch der großen Mehrheit der Ökonomen, ein „ideales“ statisches System zu beschreiben, das zum Gleichgewicht tendiert und sich eigentlich nur durch vom Himmel fallenden technischen Fortschritt entwickelt, hat schon unendlich viel Schaden angerichtet und ist auch heute noch in vollem Schwange. So lange sich die Wirtschaftspolitik (einschließlich der Vorstellungen der sogenannten Grünen), wie das in Deutschland derzeit der Fall ist, vollständig auf dieses primitive Modell stützt, muss man über einen ökologischen Umbau erst gar nicht reden. Wer sozusagen nicht einmal versteht, wie ein normales Auto funktioniert, kann nicht über Nacht ein neues Modell auf die Straße bringen, das modernen ökologischen Anforderungen genügt und fährt.

Dem statischen ökonomischen Modell lediglich ein statisches ökologisches Modell entgegenzusetzen, führt keinen Schritt weiter. Nur auf der Basis einer sinnvollen und realistischen Theorie der dynamischen Entwicklung gibt es eine Chance, die Marktwirtschaft in einer Weise ökologisch umzugestalten, die auch in einer Demokratie auf lange Sicht eine Chance hat. Diese dynamische Perspektive gibt es aber bisher nur in rudimentären Ansätzen, die auf einer einzigen Theorie aufbauen: Der von Joseph Alois Schumpeter vor mehr als hundert Jahren dargelegten „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (in seinem gleichnamigen Buch).

Ich will an dieser Stelle nicht versuchen, die ganze Schumpetersche Theorie vorzuführen (wer sich dafür interessiert, sollte das lange und nicht immer ganz einfache Buch einmal in Ruhe lesen), sondern will mich auf drei Kernelemente konzentrieren, um zu zeigen, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit es überhaupt zu dynamischer Entwicklung kommt, und was daraus für die makroökonomische Steuerung abzuleiten ist. **Das erste Kernelement ist frisches Geld.** Schumpeter verwendet mehrere Kapitel darauf zu zeigen, dass es erst die Kreditschöpfung aus dem Nichts ist, die den Pionierunternehmer und seinen Erfolg möglich macht. Warum dazu auch die vorhandenen Ersparnisse nicht ausreichen, haben wir [hier](#) und [hier](#) erklärt.

Während im stationären Kreislauf alle realen Produktionsmittel schon in bestimmten Verwendungen gebunden sind, kann es mithilfe neuer Kredite (die über die Finanzierung des bereits existierenden Kreislaufs hinausgehen) gelingen, den bestehenden Unternehmen Arbeitskräfte und andere Produktionsmittel zur Herstellung von Waren und Gütern abzukaufen, so dass insgesamt mehr Produktion möglich wird. Oder schon vorhandene Unternehmen kaufen mittels neuer Kredite diese Ressourcen ein und stellen Zusätzliches oder Anderes her. Zwar kann es in diesem Prozess u. U. zu Preissteigerungen kommen, wenn die Mehrnachfrage der (neuen) Unternehmen nicht sofort komplett bedient werden kann (das ist dann der Fall, wenn vorher Vollbeschäftigung der benötigten Produktionsfaktoren herrschte; sofern Ressourcen brach liegen, vor allem also Arbeitslosigkeit herrscht, ist die Wahrscheinlichkeit von generellen Preissteigerungen bzw. der Inflationsbeschleunigung gering). Aber die reale Mehrproduktion der neuen Unternehmen wird schließlich die zusätzlichen Kredite, die aus dem Nichts geschaffen wurden, zumindest teilweise mit realer Produktion unterfüttern und dadurch gewissermaßen „rechtfertigen“.

In der Realität der heutigen Volkswirtschaften vollzieht sich dieser Prozess aber nicht nur über Kreditschaffung der Banken, sondern auch über die Geldschöpfung der Notenbanken und deren Zinssteuerung. Weil, wie wir [hier](#) gezeigt haben, keine Geldmengensteuerung möglich ist, müssen die Zentralbanken versuchen, in einem trial and error Prozess das Zinsniveau zu finden, bei dem (aus ihrer

Sicht genügend) neue Investitionstätigkeit angeregt wird. Das ist nicht einfach, weil sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht leicht prognostizieren lässt, und geschieht keineswegs automatisch; es ist insbesondere dann schwierig, wenn **das zweite Kernelement** nicht gegeben ist.

Investitionen brauchen **Nachfrage**. Nachfrage aber gibt es in ausreichendem Maße nur, wenn die Einkommen der Masse der Bevölkerung so stark steigen, dass mit ihnen die Produktion, die sich aus den Investitionen ergeben könnte, auch tatsächlich gekauft werden kann. Das gelingt genau dann, wenn die Realeinkommen regelmäßig so stark steigen wie die Produktivität. Das Wort regelmäßig ist hier sehr wichtig. Nur wenn die Masse der Arbeitnehmer erwarten kann, dass ihre Einkommen zulegen, werden sie insgesamt genügend Güter kaufen, um – quasi nebenbei – gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Es geht also gerade nicht darum, in Sachen Arbeit einen Markt zu simulieren, auf dem die Gewerkschaften und die Arbeitgeber versuchen, je nach der Lage am Gütermarkt einen gleichgewichtigen Lohn zu finden. Den gibt es in einer dynamischen Wirtschaft nicht. Es geht allein darum, mit dem Nominallohn einen Schuss in den Nebel der unbekannteren Zukunft abzugeben, also eine Art nominalen Anker auszuwerfen, der nach allem, was man über mögliche Entwicklungen wissen oder wenigstens vermuten kann, nicht allzu weit entfernt ist von dem, was sich im Nachhinein beim Reallohn und bei der Inflationsrate als angemessen erweisen könnte.

Das dritte Kernelement ist die Starrheit des Lohnes auf der Ebene des Unternehmens. Löhne müssen als wichtigstes Kostenelement für die einzelnen Unternehmen ein Datum, also unverhandelbar sein. Nur wenn diese Bedingung gegeben ist, wird die Energie der Unternehmen auf den Wettbewerb um die höchste Produktivität gelenkt, und das ist die einzige Form des unternehmerischen Wettbewerbs, die wirklich Neuerungen hervorbringt. Lohnverhandlungen auf der Betriebsebene, wie sie heute unter dem Rubrum der „Flexibilität“ vielfach als Ideal angesehen werden, sind Gift für den Pionierunternehmer. Wer mit neuen Ideen gegen andere Unternehmen antritt, die nichts anderes tun, als ihren Arbeitnehmern niedrigere Löhne abzupressen, kann nur durch Zufall erfolgreich sein. Es gibt in der Tat keine größere Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse als Lohnabschlüsse auf Betriebsebene, weil dann Faktoren zum Tragen kommen (wie z. B. die regionale Lage der Unternehmen und die dortige Arbeitsmarktsituation), die nichts mit einem produktiven Wettbewerb zu tun haben.

Das Ziel im ökonomischen Bereich ist der Konsum von Gütern und Freizeit. Der Hauptgrund für das Vorwärtsdrängen des Systems ist, dass man in einer freien Gesellschaft niemandem verbieten kann, seine aus dem eigenen ökonomischen Handeln folgende Ausstattung mit Ressourcen durch intelligenteres Kombinieren von Produktionsfaktoren auszudehnen, um mehr Güter und/oder mehr Freizeit zu genießen. Und da dieses intelligentere Kombinieren auf Dauer die Konkurrenz aus dem Markt zu drängen droht, wenn sie nicht mitzieht, besteht für alle Unternehmen permanent der Druck, entweder zu investieren oder auf anderem Wege ihre Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Da der andere Weg' wie beschrieben immer auf die Ausbeutung der Arbeitnehmer hinausläuft, wenn die Löhne auf Betriebsebene ausgehandelt werden, und dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geschädigt wird (von den gesellschaftlichen und politischen Folgen gar nicht zu reden), muss dieser Weg versperret werden, d.h. die Löhne auf Betriebsebene inflexibel sein. Dadurch ist aber für alle der Investitionsweg zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit quasi vorgeschrieben (was ja in Hinblick auf den Wohlstand nicht das Schlechteste ist, wenn die Ordnungspolitik den ökologischen Erfordernissen Rechnung

trägt).

Und genau deshalb geht es bei einer im Sinne der Demokratie (und auch der Ökologie) nachhaltigen Steuerung des Systems Marktwirtschaft niemals um die Stabilisierung einer einmal erreichten Produktionsmenge, sondern immer um das Austarieren von investitionsbedingtem Produktivitätszuwachs und Beschäftigung. Das, was die Arbeitnehmer vor Ausbeutung schützt, der auf Betriebsebene inflexible Lohn, mündet also in Investitionsanreizen und damit in einer Dynamik des Systems.

Das bedeutet, in einem solchen marktwirtschaftlichen System sind die Löhne inflexibel und die Gewinne flexibel. Die Unternehmen, die erfolgreich sind, verdienen mehr und locken daher andere an, die auf dem gleichen Markt ihr Glück versuchen. Auch gibt es quasi autonome Nachfrageverschiebungen, die ein Unternehmen begünstigen und ein anderes in Schwierigkeiten bringen. Immer folgen die Unternehmen in ihren strategischen Entscheidungen über zukünftige Investitionen den erwarteten Gewinnen, die sich aus ihrer eigenen Anstrengung und externen Faktoren (schieres Glück gehört auch dazu) ergeben. Flexibilität der Löhne stört diesen über die Gewinne laufenden Suchprozess der Unternehmen, weil es dann auch die Option gibt, allein durch Druck auf die Arbeitnehmer erfolgreich zu sein, was, wenn es von vielen angewandt wird, nur in einem race to the bottom und in Deflation endet.

Sind diese drei Elemente gegeben, kann man die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durchaus ziemlich weitgehend steuern, auch in die eine oder andere gewünschte ökologische Richtung (vor allem durch anhaltende und klare Preissignale). Entwicklung jedoch ganz zu verhindern, ist schwierig und mit der Idee einer freien Gesellschaft nur schwer zu vereinbaren. Welche Innovation will man zulassen und welche nicht? Wer soll auswählen und aufgrund welcher Kriterien? Wer angesichts des eklatanten Versagens schon berechnete Skepsis in die Fähigkeit des Staates und seiner Beamten hat, die absolut überschaubare Gesamtwirtschaft zu steuern, kann schwerlich glauben, der staatliche Apparat sei dazu geeignet, eine vollkommen unübersichtliche Innovationslandschaft zu kontrollieren und im Sinne einer Stationarität des Gesamtsystems zu regulieren, ohne dem marktwirtschaftlichen System seine Dynamik vollständig zu nehmen.

Die herrschende ökonomische Theorie findet von vorneherein keinen Zugang zu all diesen Fragen, weil sie sie gar nicht behandeln *will*. Ihren Vertretern genügt es, ein stationäres (gleichgewichtiges) System von Märkten zu beschreiben, dessen Stabilität sie normalerweise schlicht voraussetzen. Alle Probleme, die in der Wirklichkeit einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft auftreten, werden folglich mit einem Instrumentarium behandelt, das dafür überhaupt nicht geeignet ist. Eklatant ist das Versagen dieser Theorie am sogenannten Arbeitsmarkt, der isoliert betrachtet wird, obwohl jede Disposition der Unternehmen, die Arbeitskräfte betrifft, untrennbar mit den Ereignissen auf den anderen Märkten, also den Güter- und Kapitalmärkten, verbunden ist. Infolgedessen gibt es keine voneinander getrennten Angebots- und Nachfragekurven auf diesem „Markt“, was aber die große Mehrzahl der Ökonomen nicht daran hindert, genau anhand dieses Modells Instrumente gegen Arbeitslosigkeit zu wollen.

Aber selbst die Konsequenzen des Marktmodells werden ausgeblendet, wenn sie nicht zu der die statische Theorie überwölbenden Ideologie passen. Der Unternehmer als Preisnehmer am Arbeits-

markt, also die Vorstellung von für den einzelnen Unternehmer gegebenen Löhnen, ist ein Bild, das sehr wohl auch in ein Marktmodell hineinpasst. Folglich müssten auch neoklassisch denkende Ökonomen die Idee der Flexibilisierung der Löhne auf der betrieblichen Ebene für falsch halten. Die meisten verteidigen aber ein System von Marktwirtschaft, wo genau das Gegenteil gilt: Wo die produzierten Mengen und die Gewinne fest, die Löhne aber flexibel sind.

Auch an den Kapitalmärkten gibt es, wie wir in dieser Serie einige Male beschrieben haben, keine normale Marktpreisfindung, weil Herdenverhalten die Regel ist. Aber auch das wird von der herrschenden Lehre nicht zur Kenntnis genommen. Selbst eklatante Abweichungen, wie Wechselkursänderungen, die jahrelang in die falsche Richtung gehen (wo also die Währungen von Hochinflationländern aufgewertet werden), ignoriert man einfach.

Nimmt man all das zusammen, zeigt sich, dass die relevante Marktwirtschaft, also die Marktwirtschaft, auf deren Funktionieren die meisten von uns hoffen, heute nicht nur nicht verstanden, sondern auch direkt von der Politik gehindert wird, ihr Potenzial zu entfalten. In den letzten Stücken werden wir zeigen, welche Wirtschaftspolitik man braucht, um national und international der relevanten Marktwirtschaft wieder zum Durchbruch zu verhelfen.

Über den Autor



Heiner Flassbeck ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg, war Chef-Volkswirt der UNCTAD und Staatssekretär im BMF. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Globalisierung, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung und Geld- und Währungstheorie.

Veröffentlicht am: 24.10.2014 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/10/abo-artikel-unser-geldsystem-xxix-warum-braucht-man-entwicklung-und-geld-fuer-die-entwicklung/>